

# Christlicher Textilarbeiter

## Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: C. M. Schiffer in Arefeld  
Breitestraße 109. Telefon-Nr. 1296.  
Anzeigen und sonstige Beiträge sind bis Montag abends an die  
Redaktion in Arefeld einzuliefern.

Anzeigen kosten die Spaltenweise 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.  
Beilagen werden mit 5 Mk. das Taxifuss berechnet.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag zu 6  
Lofet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.  
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van der  
Arefeld, Lutz. Kirchstraße 65. Telefon Nr. 1358.

5. Jahrgang.

Arefeld, Samstag, den 11. Juli 1903.

(Anlage 20.000.)

Nr. 28.

### An unsere Ortsgruppenvorstände.

Bei Ablauf des II. Vierteljahres sei an die prompte und genaue Ablieferung der

#### Quartals-Abrechnung

beim Bezirksvorstand erinnert. Einige Ortsgruppen lassen bezügl. der Pünktlichkeit viel zu wünschen übrig und verzögern dadurch die Abrechnungen der Bezirke mit der Zentralkasse sehr. Daß hierdurch mancherlei Unannehmlichkeiten entstehen, ist klar und deshalb unsere Mahnung: Ortsgruppen-Vorstände, gewöhnt Euch an Korrektheit und Pünktlichkeit!

Der Zentralvorstand.

J. B. C. M. Schiffer, vorstehender.

NB. Für die diesmalige Abrechnung werden die alten Formulare noch benutzt, während für die Zukunft noch neu zu entwerfende Abrechnungsformulare zur Anwendung kommen.

### Eine andere Taktik.

Fast hat es den Anschein, als ob wir in einem heftigen Kampf von Arbeiterausperrungen lebten. Die Ausperrungen in Hieslohn und Birmafen haben in ganz Deutschland großes Aufsehen erregt, so wohl wegen der Hartnäckigkeit, mit der auf beiden Seiten gekämpft wurde, als auch wegen der verhältnismäßig geringfügigen Ursachen, welche die beiden Ausperrungen veranlaßten. Beide Ausperrungen sind bekanntlich nicht sehr günstig für die Arbeiter verlaufen. Neue Ausperrungen (Banarbeiter) haben bekanntlich in Hannover und Köln Platz gegriffen, während die Holzarbeiter in Düsseldorf nur mit knapper Not vor dem gleichen Schicksale im letzten Augenblicke bewahrt blieben.

Es ist daher erklärlich, daß man den Gründen etwas schärfer nachgeht, welche wohl die scharfen Differenzen verursacht haben können. Es liegt hierzu umsomehr Veranlassung vor, als die Zeit der Ausperrungen durchaus noch nicht vorbei zu sein scheint. Wir wollen aus den bedeutamen Vorgängen der letzten Zeit Lehren ziehen, wollen unbestimmt um Unternehmerbrutalität und das Geschimpfe der „Genossen“ den Weg unabwiesbar Pflicht im Interesse unserer Arbeiter gehen. Wir haben die Ursachen und den Verlauf der Hieslochner Ausperrung bereits früher geschildert. Bemerkenswert sind indessen noch einige Ausführungen des „Christl. Gewerkschaftsblattes“, insbesondere über die Birmafen-Ausperrung. Es heißt da: „Nachdem von beiden Ausperrungen ein günstiges Abschneiden der Arbeiter nicht berichtet werden konnte, lohnt es sich, den Ursachen nachzuspüren, die dieses Resultat zeitigten. Dabei fällt für den Eingeweihten zunächst in die Augen, daß die beiden Kämpfe nicht plötzlich ausbrachen, sondern mehr oder minder von langer Hand vorbereitet waren. In Birmafen drohten die Fabrikanten schon im Dezember des Vorjahres mit der Ausführung ihres Planes. Doch wurde damals wieder eine leidliche Verständigung erzielt, und die Fabrikantendrohung bewirkte, daß mehr als 1000 bis dahin unorganisierte Arbeiter sich den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen angeschlossen. Was somit den Agitatoren nicht gelang, haben die Fabrikanten schnell fertig gebracht.

Ueberhaupt hielt es in Industriezentren selten so schwer, die Arbeiter von den Vorteilen der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen, wie gerade bei den Pfälzer Schuhmachern. Diesen Umständen Rechnung tragend, richtete der sozialdemokratische Verein deutscher Schuhmacher zunächst die Organisation zu gewinnen. Diese wollten dann nach kurzer Organisationszugehörigkeit Erfolge von ihrer „Einigkeit“ sehen, und da eine Schuhfabrik ohne Zwicker den Betrieb nicht aufrecht erhalten kann, setzten dieselben in den meisten Fällen das Hauptgeschäft ihrer Forderungen durch. Dieses ermutigte die Zwicker in anderen Fabriken, und in verhältnismäßig kurzer Zeit war der größte Teil dieser Arbeiter organisiert und erzielte unter Ausnutzung der obigen Umstände manche Verbesserungen. Nachdem aber die Zwicker obne dem besser bezahlt waren, als die übrigen Arbeiter, rafften auch letztere sich zusammen, um ebenfalls für sich Verbesserungen erzielen zu können. Daß bei einer solchen Organisationspraxis den Arbeitern die so notwendige gewerkschaftliche Schulung noch sehr abging, ist klar und nicht verwunderlich. Wahr ist auch, daß durch die lange Organisationslosigkeit der Arbeiter viele, teilweise sehr schwere Mißstände sich eingebürgert hatten. All diese Umstände wirkten zusammen, daß in der letzten Zeit Lohn-

bewegungen und Streiks in der Pfälzer Schuhindustrie zu den allwöchentlichen Erscheinungen gehörten. Selbst ohne Befragung des Vorstandes wurden oft „die Broden hingeschnitten“.

Für die Fabrikanten lag in dieser Situation nichts näher, als sich wieder zu organisieren, und so wurde der seit mehreren Jahren eingeschlossene Fabrikantenverband wieder ins Leben gerufen. Dessen erste Tat war die Drohung mit der Aussperrung im Dezember. Als diese indes nicht zur Tatsache wurde, suchte das „Schuhmacherfachblatt“, Organ des sozialdemokratischen Vereins deutscher Schuhmacher, die Fabrikanten kräftig aus und dankte denselben höhnisch dafür, daß sie mit der Einschüchterung ihrer Organisation rund 1000 Mitglieder zugefügt hätten. Der Fabrikantenverband aber schwor schon damals dem „Verein deutscher Schuhmacher“ Rache und bereitete im Stillen seine Pläne vor. Diese Tatsache war auch dem sozialdemokratischen Schuhmacherverband nicht unbekannt, denn am 28. Februar sagte der Vorsitzende desselben, Herr Simon, in einer Birmafen-Verammlung: „Die Unternehmer seien auf einmal sehr sensibel (empfindlich) geworden.“ Nichtsdestoweniger sagte derselbe Simon in derselben Verammlung nach dem Birmafen-Tagblatt: „Die Schuhfabrikanten gehören in ihrer übergroßen Mehrzahl zu den rückständigsten, größten und unverschämtesten Arbeitgebern. . . . Und sollten sie uns einen Kampf anbieten zu können glauben, der ihnen vielleicht in den Kram paßt, so sagen wir: sie werden den Kampf aufnehmen, wie es uns paßt.“ Hat nun vielleicht

Schuhmacherverband gepaßt? Wir glauben kaum! Simon hat somit am 28. Februar mit seinem Auftreten nur Del ins Feuer gegossen und den Fabrikanten Material verschafft, mit welchem sie in Flugblättern während des Kampfes sich als „Märtyrer“ aufspielen konnten. Eine ähnliche Rolle hat das „Schuhmacherfachblatt“ gespielt. Mit Schmeicheleien, wie „Birmafen- Tyrannen“, „Skavenhalter“, „sie werden jammervoll durch die Strafen schleichen und den Lohn für ihre perfide Niedertracht ernten“, „sie treten ihre Arbeiter unter die Füße“ etc. werden die Fabrikanten zweifellos nicht zu einem Entgegerkommen umgestimmt und nicht davon überzeugt haben, daß durch ein aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetztes Einigungsamt sich Differenzen am besten beilegen ließen. Bei jedem Kampf muß man sich vergegenwärtigen, daß nach demselben sich beide Teile wieder vertragen müssen und zeitig daher eine ähnliche Sprache, wie die des „Schuhmacherfachblattes“, zwar Fröhliche für den sozialdemokratischen „Klassenkampf“, aber dem am Kampf beteiligten Arbeiter ist mit derselben der aller schlechteste Dienst erwiesen. Also ganz ähnlich wie in Hieslohn.

Für die christlichen Gewerkschaften lehren diese beiden Kämpfe, daß mit einer im Sturm für die Organisation eroberten Arbeiterschaft, der extreme hartgeleitene Unternehmer gegenübersteht, nicht die Jahrzehnte lang bestandenen, sich eingebürgerten und zur Gewohnheit gewordenen Mißstände sich plötzlich beseitigen lassen. Die Tatsachen sind bei den wirtschaftlichen Kämpfen stärker als das Ideal und der gute Wille. Eine Verhandlung muß daher mitunter auch gegen den Strom schwimmen, wenn nicht innerhalb kurzer Zeit ein solcher Organisationsaufschwung teuer erkauft werden soll, und die Arbeiter bei einem Mißerfolg dann jahrelang zur Untätigkeit verurteilt sein sollen.

So lange ein Gewitter noch im Anzuge begriffen ist, müssen die christlichen Organisationen ihren Standpunkt viel intensiver vertreten, und wenn man denselben seitens der gegnerischen Organisationen ignoriert, lieber sich auf seine eigenen Füße stellen, als die Mitverantwortung zu übernehmen und unter jungen Organisationen zum größten Vergnügen der Gegner „Kaput“ streifen zu lassen. Mit dem in solchen Fällen dann sozialdemokratischerseits systematisch betriebenden Streikbrechergeschrei bärsten wir uns nicht ohne weiteres einschüchtern lassen, nachdem selbst die Erfahrung gelehrt hat, daß dort, wo man gegen die nichtsozialdemokratischen Organisationen absolut nichts einwenden kann, man einfach Lügen ausstößt und diese als „Tatsachen“ kolportiert. In Dummheiten oder aussichtslosen Kämpfen dürfen wir uns nicht mehr terrorisieren lassen. —

Wer mitten in einer solchen Bewegung steht, wird allerdings leicht unbewußt von ihr mitgerissen, und es gibt viele Gewerkschaftsführer, welche leider nicht die Fähigkeit besitzen, in solcher Situation Herr der Bewegung zu bleiben. So etwas lernt man meist erst durch Erfahrung.

Die meisten Erfahrungen zeigen uns aber, und damit resumieren wir, daß wir 1) den Unternehmern gegenüber einen kühlen Kopf bewahren müssen, selbst zu

zeiten, wo die Erregung der Arbeiter von ersteren mit allen möglichen Mitteln genährt wird. Das ist insbesondere Pflicht eines jeden gewissenhaften Gewerkschaftsführers. Wenn es auch eine unleugbare Tatsache ist, daß die Unternehmer bei jedem Streit und namentlich durch eine Aussperrung größeren Umfangs gewaltig leiden, so zeigt sich doch meistens, daß sie infolge ihrer größeren Machtmittel und ihrem wohl berechneten Vorgehen mehr oder minder Sieger bleiben. Die Nachteile der Arbeiter bezw. der Gewerkschaften sind ungleich größer.

Dann bemühen sich 2) die Führer unserer sozialdemokratischen Gegner, bei jedem größeren Kampf den Beweis zu erbringen, daß sie stets unaufrichtige Nebenzwecke im Auge haben, als da sind: Politische Propaganda, Niederkämpfung der ihnen so verhassten Christlichen usw. Daraus ergibt sich für uns mit unabwiesbarer Deutlichkeit die Lehre: In Zukunft möglichst selbständig und eigene Wege!

Wie die Dinge sich entwickeln, d. h. angesichts der stets in größerer Zahl und mit immer schärfer werdenden Mitteln auftretenden Unternehmer-Organisationen sind die Arbeiter aber auch mehr als je auf die Hilfe der Gesetzgebung angewiesen.

Ein in dieser Richtung liegender Antrag ist bereits von den 32 Beisitzern am Berliner Gewerbegericht (Arbeitnehmer) an den Ausschuss desselben gerichtet, welcher über den Ausbau des Koalitionsrechtes beraten und bei den gesetzgebenden Körperschaften Antrag auf Erlass folgender Bestimmungen an Stelle der Paragraphen 152

„Bereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen haben zur Schlichtung von Streitigkeiten, welche zur Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter führen, beim Gewerbegericht des Bezirks, in dem sie ihren Sitz haben, zu erscheinen und zu verhandeln.“

Bei Festlegung dieser Bestimmung ist der Gedanke maßgebend gewesen, daß eine gegenseitige Aussprache und Verhandlung vor dem Gewerbegericht wohl meistens eine Einigung im Gefolge haben würde, welches wohl auch der Fall sein wird; aber wenn nun die Einigung nicht zustande kommt? Für diesen Fall, und besonders dann, wenn eine große Anzahl Arbeiter die Arbeit niederlegen bezw. ausgeperert würden, könnte das für diesen Fall verstärkte Gewerbegericht die Befugnis haben, einen Schiedsspruch zu fällen, dem sich beide Teile zu fügen hätten.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man hier den Gewerbegerichten auch nicht allzubiell zutrauen kann. Jedenfalls müßte — etwa durch die Form der längst in Aussicht gestellten Arbeitskammern eine Berufungsinstanz mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet, schon im Interesse der Gerechtigkeit geschaffen werden. Daß bei den Verhandlungen und eventuell dem Schiedsspruch größte Objektivität beobachtet werden müsse, ist klar, weil eben die Arbeiterschaft recht oft Gelegenheit gehabt hat, zu erkennen, daß das Wort der Arbeitgeber mehr gilt, wie dasjenige der Arbeiter. Aber dennoch wird es mit Rücksicht auf das materielle Wohl der Arbeiter und das Gedeihen der Industrie und auch aus materiellen Gründen nötig sein, an die Regelung dieser Materie heranzugehen. Die Vorgänge der letzten Zeit erfordern dieses gebieterisch.

### Die Sozialpolitik im neuen Reichstage.

Vor sechs Monaten erklärte der Reichskanzler Graf Bülow im alten Reichstage: „Das aber will ich ausdrücklich betonen, daß von einem Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland nicht die Rede sein kann noch wird. Dazu hat der sozialpolitische Gedanke viel zu feste Wurzeln geschlagen bei der Regierung und in diesem Hause.“ In der Tat haben die verbandeten Regierungen gegen Schluss der abgelassenen Legislaturperiode einen starken sozialpolitischen Eifer an den Tag gelegt. Die Zusammensetzung des neuen Reichstages läßt erwarten, daß von den Parteien mit nicht geringem Nachdruck als bisher auf dem weiteren Ausbau der Sozialreform bestanden werden wird. Zutreffend schreibt der bekannte Sozialpolitiker Professor Franke im neuesten Hefte der Sozialen Praxis über die Aussichten der Sozialreform im neuen Reichstage:

Zunächst ist festzustellen, daß für eine Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch Ausnahmegeetze und sonstige Polizeimaßnahmen der Reichstag in seiner neuen Gestalt noch weniger als in seiner alten eine Mehrheit aufbringen kann. Wenn sich jetzt unter dem frischen Eindruck des Wachstums der Sozialdemokratie natürlich wieder die alte Sehnsucht nach Staatsanwalt und Polizei, nach Ausnahmegeetz und Maßentziehung meldet, so







Forderungen unserer Arbeiter besonders besprechen. Von Interesse wird in der Zukunft die Haltung der parlamentarischen Sozialdemokratie in sozialreformatorischen Fragen sein. Der „Vorwärts“ bemerkt in einem Artikel über die Aufgaben des neuen Reichstages: auf allen Gebieten der Arbeitergesetzgebung sei Tätigkeit notwendig, und das „Korrespondenzblatt“ (Zentralorgan der „freien“ Gewerkschaften) erklärt als Facit der diesjährigen Reichstages: „Freie Bahn für eine große Arbeiterpolitik!“ Da sind wir doch neugierig, was es denn nun alles geben wird. Wenn die „Bahn frei“ und die Notwendigkeit einer umfassenden „Tätigkeit“ — nicht bloß Heberei — erkannt ist, dann kann es ja los gehen. Hohe Zeit ist es allerdings, daß die Herren von der äußersten Linken einmal wirklich etwas Positives leisten und den Arbeitern nicht noch länger allein mit radikalen Kritikaufzügen und unfruchtlichen Phrasen abspießen.

## Soziale Rundschau.

**Volkswirtschaftlicher Kursus in M.-Gladbach.** Der diesjährige volkswirtschaftliche Kursus in M.-Gladbach beginnt am 1. August und dauert ungefähr 2 1/2 Monate. Wie in den früheren Jahren, so werden auch in diesem Jahre alle politischen und konfessionellen Fragen ausgeschlossen. Der Kursus hat den alleinigen Zweck, die in der christlichen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter dahin auszubilden, daß sie eine für ihren Bildungsgrad hinreichende Kenntnis der Grundzüge der Volkswirtschaft, der sozialen Gesetzgebung und vor allem des Gewerkschaftswesens erlangen. Neben den täglichen Vorlesungen mit Diskuten und nachheriger schriftlicher Ausarbeitung durch die Schüler werden praktische Übungen in Rede und Diskussion, Ausarbeitung von Berichten und Artikeln über bestimmte Themen gemacht und damit gleichzeitig eine praktische Belehrung im Deutschen und Rechtsschreiben gegeben. Die Teilnahme an dem Kursus ist kostenfrei. Jedoch hat jeder Teilnehmer für die Kosten des Aufenthaltes (etwa 60 Mk. monatlich) und den eventuellen Ausfall an Arbeitsverdienst selbst aufzukommen. Mitglieder der Gewerkschaften werden nur dann angenommen, wenn dieselben von ihrem Zentralvorstand empfohlen und beordert sind. — Vom christlichen Textilarbeiterverband nehmen, dem Beschlusse des Verbandsausschusses gemäß, in diesem Jahre vier Kollegen auf Kosten unserer Organisation am Kursus teil und zwar aus den Bezirken Arefeld, Aachen, Barmen und Oberstein. Die übrigen drei Verbandsbezirke werden dann bei der nächsten Gelegenheit berücksichtigt.

**Friedensschluß in der Düsseldorf Holzindustrie.** In letzter Stunde ist die angebotene Generalausperrung in der Holzindustrie in Düsseldorf durch einen Vergleich abgewendet worden. Die Ausperrung war vom Arbeitgeberverband zunächst auf den 22. Juni angesetzt. Da machten erfreulicherweise die Unternehmer noch einen letzten Vorschlag; sollte der von den Arbeiterorganisationen abgelehnt werden, dann würde am 6. Juli die Ausperrung von 4000 Arbeitern vollzogen werden. Dies Ultimatum wurde zwar nicht in allen Punkten angenommen, aber es diente doch als Basis neuer Verhandlungen vor dem Einigungsamt, die dann dem Entgegenkommen beider Parteien zu einem Friedensschluß führten. Der auf zwei Jahre abgeschlossene Vertrag enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

1. Der neuändliche Normalarbeitsvertrag bleibt dort bestehen, wo er bis jetzt eingeführt ist. 2. Werden auch die Arbeitgeberverbände dafür werden, daß bei Betrieben, welche eine längere als die neuändliche Normalarbeitszeit haben, die neuändliche Arbeitszeit nicht freiwillig anerkennen wollen, sollen bei Differenzen bezüglich Arbeitszeit und Lohnanspruch für Überstunden seitens der Arbeitgeberorganisationen in keinerlei Weise unterbunden werden. 3. Bei Betrieben mit über acht Holzarbeitern bezw. solchen kann ein Arbeiterausschuß gewählt werden, soweit er nicht schon besteht. Ausschussmitglieder müssen mindestens drei Monate in dem betreffenden Betriebe tätig sein. 4. Bei Werksstätten unter acht Mann hat der Arbeitgeber im Falle von Überstunden mit diesen oder deren Ausschuss Rücksprache zu nehmen. 5. Den Vertretern der Arbeiterseite ist die Dringlichkeit von Überstunden vorher klarzulegen. Für Überstunden ist ein Lohnzuschlag von 5 Pfg. pro Überstunde zu zahlen. Montags und Samstags sollen keine Überstunden gemacht werden. 6. Bei mehr als 12 Überstunden pro Kalenderjahr (nach 24 Überstunden muß eine Pause von vier Wochen ohne Überstunden eintreten) wird für die weiteren Überstunden ein Lohnzuschlag von 10 Pfg. gezahlt. Die Arbeitnehmer dürfen bis zu zwei Überstunden pro Tag herangezogen werden. Nachdem die Dringlichkeit der Überstunden gemeinsam vom Arbeitgeber und Arbeiterausschuß anerkannt ist, darf kein Arbeitnehmer die Ausführung von Überstunden verweigern, abgesehen von begründeter Verhinderung. Bei Differenzen über die Dringlichkeit von Überstunden ist das Einigungsamt anzurufen. 7. Abgesehen von Feiertagen soll in jeder Woche erst die 55. Arbeitsstunde als erste Überstunde angerechnet werden. 8. Postleiharbeitervertrag soll am 1. Juli 1908 aufhören und bis 1. Juli 1905 sein. Falls keine Kündigung einen Monat vorher erfolgt, soll dieser Vertrag fiktiv während des Jahr aufrechterhalten.

Der „Deutsche Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, bemerkt zu diesem Friedensschluß: „So hat also das Düsseldorf Einigungsamt für die Holzindustrie wiederum Schlagend bewiesen, wie selbst in den zugespitztesten Fragen eine friedliche Einigung sehr wohl möglich ist, wenn nur an Stelle des Machtstanzes die gesunde Vernunft bei den beteiligten Parteien miteinwirkt.“ Ein wesentlicher Faktor der Einigung aber war unseres Erachtens auch das Vorhandensein klarer und gut geleiteter Organisationen der Arbeiter.

**Lungenheilstätten in Deutschland.** Im deutschen Reich gibt es gegenwärtig zwischen 70 und 80 Lungenheilstätten, von denen 57 öffentliche und Vereins-Heilstätten, der Rest private Heilanstalten sind. In den gesamten Heilstätten sind mehr als 7000 Krankenbetten in Betrieb. Rechnet man, daß jedes Anstaltsbett durchschnittlich von vier Personen im Jahre benutzt wird, so genießen schon jetzt annähernd 30.000 Personen jährlich die Wohltat der Heilstättenbehandlung. Im Bau begriffen und größtenteils der Vollendung nahe sind weitere zehn Heilstätten. Außerdem haben die Landesversicherungsanstalten für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt, für Schwaben und Neuburg und für das Königreich Sachsen, sowie eine Anzahl von größeren Heilstättenvereinen, städtischen Verwaltungen und Stiftungen die Errichtung von zusammen 23 Lungenheil-

stätten in Aussicht und zum Teil bereits in Angriff genommen.

**Sozialdemokratischer Terrorismus.** Als besonders brutal wird im Hirsch-Dunker'schen Gewerksverein das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen den Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) bezeichnet infolge des Falles Mehlisch. In einer am 22. Juni zu Berlin abgehaltenen, von 2000 Personen besuchten öffentlichen Gewerksvereinsversammlung schloß der Gewerksvereinsrat Traber seine Rede mit den Worten: „Man versucht jetzt unsere Kollegen in den Werkstätten auf die gemeinste Weise zu injizieren und zu terrorisieren, ja man geht so weit, dieselben aus der Arbeit zu bringen, sie brotlos zu machen; gewissenlos, ja gemeiner ist noch nicht von den Arbeitgeberern gehandelt worden, welchen es, den Umständen entsprechend, noch lange nicht so übel genommen werden kann. Man klagt über den Terrorismus der Arbeitgeber, aber jetzt ist man (bei den Sozialdemokraten) noch viel schlimmer da, wo man glaubt die Macht zu haben. Das ist echte Art der Brüder von der Lehre für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Aber auch die Gewerksvereine sind in der Lage, Repressalien zu üben, wenn der Terrorismus hier so weiter geübt werden sollte, auch wir können die Kollegen, welche im Metallarbeiterverband organisiert sind, fesseln lassen, was es heißt, von den eigenen Kollegen auf das Straßengericht geworfen zu werden.“ Nach einem kräftigen Appell an die Kollegen, die Ehre des Gewerksvereins hoch zu halten, schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit dem Spruch: „Eins bist du dem Leben schuldig, kämpfe oder halte Ruh', bist du Amboss, sei geduldig, bist du Hammer, schlage zu!“

Die Kinderausbeutung in den Vereinigten Staaten erstreckt sich auf fast alle Industriezweige. Ueber die Zustände in den Baumwollspinnereien und die Kinderarbeit in den Seidenfabriken von Japanien bringt der „North American“ einige neue Daten. Nachdem durch die Fabrikinspektion die nächtliche z. T. 12 Stunden andauernde Beschäftigung von Mädchen unter 18 Jahren auf Grund der gesetzlichen Verbote verboten worden war, werden nunmehr Kinder, die sich nicht des gesetzlichen Schutzes erfreuen, an ihrer Stelle beschäftigt. Die Kinder, die ununterbrochen die Nächte hindurch 12 Stunden und länger die Maschinen zu überwinden haben, erhalten für diese Tätigkeit, die ihre Gesundheit untergräbt, ihre Lebenskraft zerstört, einen Stundenlohn von 15 Pfg. Es ist tief beklagenswert, daß in einem Lande, das an wirtschaftlichem Reichtum alle Kulturstaaten übertrifft, gerade die Kinder des dürftigen Schutzes gegen rücksichtslose Ausbeutung durch skrupellosen Unternehmer entbehren. Bei der Nacht, die das Kapital in den Vereinigten Staaten besitzt, das sich in den Händen jener Unternehmer befindet, wird allerdings eine Besserung dieser Zustände nur durch eine gewaltige, alle sozialdemokratischen Schichten der Bevölkerung umfassende Bewegung zu erreichen sein. Wenn aber immer mehr Kinder über die grenzenlosen Zustände, die hier herrschen, verbreitet wird, so wird es möglich sein, diese Bewegung zu entzünden und zu einem erfolgreichen Ziele zu führen. Die Aufgabe ist es wohl wert, daß die besten Kräfte daran erproben. Mit einem guten Beispiel vorangegangen ist bisher der Staat Oregon. Dort ist die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren in Fabriken, Werkstätten und Lagerhäusern durchaus verboten. Soweit letztere Beschäftigung von Kindern (zu Botengängen etc.) gestattet ist, darf dieselbe nicht während der Schulzeiten ausgeübt werden. Die Arbeitszeit dieser Jugendlichen darf nicht länger als 10 Stunden täglich und nicht mehr denn sechs Tage wöchentlich betragen. Ferner ist vorgeschrieben eine halbe Stunde Mittagsruhe. Personen, die nicht schreiben und lesen können, dürfen nicht beschäftigt werden. Die mit der Fabrikinspektion betrauten Beamten können, wenn ihnen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen für die betreffende Arbeit zu schwachlich erscheinen, die Beschäftigung eines ärztlichen Attestes verlangen. Im Strafen sind vorgesehen für den ersten Übertretungsfall 40—100, für den zweiten 100—200 Mk., für den dritten und jeden weiteren 10—30 Tage Gefängnis. Auch die Eltern und Erzieher machen sich, wenn sie ihre Pflichten gegen die Bestimmungen des Gesetzes beschuldigen lassen, strafbar. Das Beispiel dieser Bestimmungen sollte die Regierungen der übrigen Staaten zur Nachahmung anspornen.

## Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

**Wohlt.** Am 28. Juni fand hier im Lokale der Witwe Smolting eine Versammlung für die drei hiesigen Ortsgruppen statt. Der Bericht über die wöchentliche Arbeit, wenigstens hätte man erwarten können, daß der Saal überfüllt gewesen sei, zumal unser Zentralvorsitzender das Referat übernommen hatte. War dieses auch nicht offiziell angekündigt, so war es doch wohl genügend bekannt geworden. Geleitet wurde die Versammlung vom Vorstandsmitgliede Herrn Schmitz. Nachdem dieser die Versammlung für eröffnet erklärt, begrüßte er zunächst unsere Zentralvorsitzenden und besprach dann kurz, was man von einem organisierten Kollegen erwarten könne und auch müsse. Vor allen Dingen sei es Pflicht eines Jeden, die Versammlung zu besuchen. Dort sei der Ort der Belehrung aber auch der Aussprache. Zentralvorsitzender Schiffer, der nunmehr das Wort erhielt, dachte zunächst seine Freunde darüber aus, daß es ihm möglich gewesen, mal wieder bei seinen lieben Vorkämpfern sein zu können und besprach dann in einem längeren Vortrage die Vorarbeiten der letzten Zeit, sowie auch die Aufgaben unseres Verbandes besonders für Wohlt. und auch die jetzt eintretende Beitragserhöhung. Er flehte kurz die Vorgänge in Jüterbog, die durch die Nachrichten der Gegner so kläglich für die Arbeiter gedeutet seien. Auch anderwärts suchte man von Seiten der „Freien“ und „Schwiegerkinder“ zu bereiten. Wenn auch dieses im Allgemeinen, wo unser Verband in letzter Zeit sich immer weiter ausbreitete, noch nicht so sehr in die Erscheinung trat, so hätten doch die letzten Tage gezeigt, daß es in Weßfalen auch schon eine ganze Zahl Unversöhnlicher gäbe. Es gelte jetzt mehr wie früher die christl. Grundzüge hochhalten, auch in wirtschaftlichen Fragen ja selbst dann, wenn man uns als Sozialdemokraten verzeihe. Er hoffte, daß sich hier eine bessere Ansicht bald Bahn breche. Dann gab er auch Aufschluß über eine Aussprache, die er in Angelegenheit der Arbeiter mit der Firma Danner & Dorweiler hier gehabt habe. Mit Recht wurde das aufstrebende, hiesige Gewerksamt des Herrn Dorweiler je beklagt, ebenso, daß dieser Herr zu keinem Gegenkommen mehr bereit gewesen sei. Hieraus möchten alle Arbeiter die Lehre ziehen und so viel mehr für die Ausbreitung des Verbandes tätig sein. Nur eine starke Organisation könne hier Wandel schaffen. Zur Beitragsverhöhung übergehend, sprach er die Erwartung aus, daß wir treu bleiben würden, denn alles „Recht“ könne jetzt verwendet werden für die Besserstellung der Mitglieder, und auch die Wohlt. hätten allen Grund, aber manches zu klagen.

Er schloß mit dem Wunsche: „Wir wollen auch ferner treu zusammenhalten, und alle mögen unentwegt an der Festigung und Ausbreitung unseres Verbandes mitarbeiten zum Wohle Aller.“ An diesen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, woran sich mehrere Kollegen beteiligten. Der anwesende Bezirksvorsitzende legte nochmals den Verlauf der Angelegenheit bei der Firma Danner u. Dorweiler klar, so daß namentlich alle Anwesenden hiervon unterrichtet waren. Kollege Schmitz forderte in seinem Schlußwort auf, das Gebot zu beherzigen und so befolgen und schloß dann mit dem Danke an unsere Zentralvorsitzenden die Versammlung. Hoffentlich hat dieselbe dazu beigetragen, daß uns wieder überall ein reges Leben innerhalb unserer Ortsgruppen Platz greift.

**Wohlt.** Auch hier scheint es in letzter Zeit an Aufträgen zu mangeln, denn man legt Feiertage ein. Au und für sich liegt sie dagegen zu weniger einzuwenden, denn wenn nicht gefeiert wird, kann auch nicht gearbeitet werden. Nur können die Arbeiter nicht begreifen, daß man dieses Feiern nicht rechtfertigt bezaugt

macht. Seitens der Verbandsleitung werden die Mitglieder immer zu treuer Pflichterfüllung ermahnt. Auch sollen diese die Bestimmungen der Arbeits- und Gewerbeordnung genau beobachten. Selbstredend ist dabei Voraussetzung, daß von Seiten der Arbeitgeber das Gleiche geschieht. Daß dem aber nicht so ist, mußten in den letzten Tagen wieder die Arbeiter einer hiesigen Fabrik erfahren. Dort wurde einfach bekannt gemacht: „Morgen wird gefeiert“, und alle mußten sich fügen. Nicht etwa, daß man vorher mit den Arbeitern Rücksprache nahm und dieses rechtfertigt angelegte, wie der § 134a der Gewerbeordnung dieses bestimmt. Würden doch die Herren einsehen, daß hierdurch nur die Arbeiter erbittert werden, denn mit Recht sagen dieselben: Die Gewerbeordnung beschränkt doch nicht allein für uns, sondern auch die Arbeitgeber haben sich darauf zu richten. Wir hoffen auch, daß es nur dieses Eintreten bedarf, um solche Anordnungen für die Folge zu vermeiden.

**Goesfeld.** Am 5. Juli fand im Vereinslokale eine Versammlung statt, in welcher ein Mitglied des Agitationskomitees einen interessanten Vortrag hielt, anschließend an die Grabhügel, welche man dem verstorbenen preussischen Minister von Stein in Frankfurt gewidmet hat: „Des Bösen Erbteil, des Guten Grundstein, Deutschlands Edelstein.“ Er wandte die einzelnen Sätze in recht verständlicher Weise auch für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften an. Wenn Stürme von allen Seiten gegen unsern Verband toben, müssen die einzelnen Mitglieder diesen schätzen. Die christlichen Organisationen sind auf guter Grundlage aufgebaut, ein Feind mußte am weitesten äußeren und inneren Ausbau mit tätig sein, denn nur ein gutes Fundament trägt für den Bestand. Wenn alle christlichen Arbeiter ihre Schuldigkeit täten, dann würde man auch von diesen später sagen: es waren Edelsteine. Man solle aber auch immer beherrigen, daß Unmöglichkeit nicht aufkommen dürfe, dann stelle man das Ganze in Gefahr. Der vorzüglichste ausgearbeitete Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Nachdem noch der anwesende Bezirksvorsitzende höhere Mitteilung über eine örtliche Angelegenheit gemacht hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**NB.** Unsere Mitglieder hiermit zur Nachricht, daß von jetzt an jeden Sonntag von 11—1 Uhr beim Wirten Grewing zu einem Besuche statt findet. Es können dort etwaige Angelegenheiten besprochen werden, da immer Mitglieder des Vorstandes anwesend sind. Auch werden dort einige soziale Schriften aufgelegt sein.

**Delmenhorst.** Nachdem auch hier schon längere Zeit von einigen Kollegen vorgebracht, um den christl. Textilarbeiterverband einzulösen, können wir hier heute berichten, daß eine Ortsgruppe besteht. Die bis jetzt angehörenden Kollegen hielten in den letzten Tagen eine Versammlung ab und ließen sich in derselben auf Entzünden eines Kollegen wieder 16 neue Mitglieder aufnehmen. Nunmehr wurde auch ein Vorstand bestimmt. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Fietz und zur Kassiererin Frau Schütz gewählt. Außerdem wurden die Kollegen Segejala zum Kassierer und August Dohelmann zum Schriftführer gewählt. Auch bestimmte man einige Vertrauensmänner. Alle Gewählten versprachen ihr Bestes tun zu wollen, um die Ortsgruppe immer mehr auszubilden und zu festigen. Kollege F. Schumacher richtete zum Schluß an Alle die Aufforderung, nicht allein dem Vorstande und den Vertrauensmännern die Agitation zu überlassen, sondern Alle ohne Ausnahme müßten hierbei miltun. Auch wir müßten beweisen, daß wir nicht auf saulen Füßen einhergehen, sondern daß auch in Delmenhorst noch viele christl. Textilarbeiter sind. Hiermit nahm die erste Versammlung ein Ende. So sind wir nun wieder einen Schritt vorwärts gekommen, indem dem Verbande wieder eine neue Ortsgruppe zugeführt ist. Hoffen wir Alle, daß sich dieselbe immer mehr entwickelt zum Besten der Mitglieder.

**Epe.** Unsere Versammlung vom 5. Juli wies leider nur einen schwachen Besuch auf. Unter der Leitung des Kollegen Grewing vertrat dieselbe indessen verhältnismäßig glatt, zumal der Referent, Kollege Danner, aus Epe, seine Sache gut machte. Redner verbreitete sich über Zweck und Nutzen der Organisation im allgemeinen und behandelte das Kapitel Beitrags-erhöhung im besonderen. Ebenso empfahl der Referent die Arbeiteraus-schüsse in den Fabriken, welche Frage vor der Hand noch ein Schmerzenskind der wehrfähigen Kollegenliste bildet. — Bei dieser Gelegenheit richtete wir an die Kollegen von Epe die besonders eindringliche Mahnung, als christlich organisierte Arbeiter voll und ganz in- und außerhalb der Organisation bei jeder Gelegenheit auf dem Posten zu sein. Schloß die Versammlung auf es dort nicht gehen. Infolge der gegangenen Tage des Ortes haben die Eper Kollegen eine besondere Mühsal zu erdulden. Sie brauchen den Blick nur auf die Nachbarteile mit den tausenden unorganisierten Textilarbeitern zu richten, um zu verstehen, daß von der Ortsgruppe Epe sehr viel abhängt. Man bildet auf Euch, Ihr Verbandsmitglieder von Epe, und Euer Eifer und Eure Opferwilligkeit über — Eure Arbeit und Gleichgültigkeit wird viel nutzen oder schaden. Die Leitung des Verbandes erwartet von den Eper Mitgliedern, daß ihr Verhalten in jeder Beziehung korrekt ist, weil daran der Maßstab für die Möglichkeit und Ausfüllung eines weiteren Ausdehnens des Verbandes gelegt wird. Also, Ihr Verbandskollegen von Epe und Umgebung, rafft Euch auf, zeigt, daß Ihr wackeren Arbeiter seid, die den Wert und die Bedeutung einer starken christlichen Arbeiterorganisation erkannt haben.

**M.-Gladbach.** Seitens der Firma „Gladbacher Wollindustrie“ vorm. L. Josten wurden zwei Arbeiter aus dem Grunde entlassen, weil sie das Anstehen zurückgewiesen, in der Mittagspause durchzuarbeiten. Die Gründe der Zurückweisung liegen hauptsächlich darin, daß die betr. Arbeiter hiervon schon so oft beeheligt wurden und es nun endlich müde waren. In nächster Nr. werden wir auf die Angelegenheit zurückkommen.

**Hädelshagen.** Das Organ der „Deutschen“ bringt in letzter Nummer eine Notiz von hier, welche von Beschwerden spricht. In Wirklichkeit verhält sich die Sache folgendermaßen: Der bisherige Vorsitzende unserer Ortsgruppe war drei Wochen krank gewesen und sollte — da er sein Gehalt infolge des Krankheits in der Fabrik fast ganz verloren hat — sich dem Rate des betr. Spezialarztes zufolge um einen andern Beruf umsehen. Das ist aber beklagenswert leichter gesagt als getan. Der Feind, an dem sich unser Mitglied in der letzten Krankheitswoche wandte, betrug ihm einen andern Stuhl. Ein Mitglied des „Deutschen“ erhielt bereits am Samstag, den 13. Juni die Anweisung, daß er mit unsern Kollegen zu wechseln habe. Von dem Gehalte, den der „Deutsche“ betreffs des Stuhlwechsels erhalten hatte, mußte unser Verbandskollege nichts, und er ging, als er Montag, den 15. Juni zur Arbeit kam, zum Meister und frag ihn, welchen Stuhl er jetzt zu bedienen habe. Als dann unser Mitglied nach erhaltener Bescheidigung zum „Deutschen“ ging, um ihn abzulösen, war die Sache erledigt, d. h. jeder ging an seine Arbeit. (Daß der Meister geholt wurde, ist entweder eine dreifache Unwahrheit, oder es ist von dem betr. „Deutschen“ im geheimen geschähen.) Als am Sonntag die Abrechnung kam, hat unser Kollege dem „Deutschen“ die bisherige Gehaltung von 4 Pfg. pro 1000 Faden (Stuengel) an. Unbilliglich sei doch mal betont, daß diese Vergütung, solange das christliche Mitglied die Fabrik kennt, nicht so hoch war. Dem „Deutschen“ jedoch war es zu wenig, er ging zum Meister und verlangte 9 Mk. Der Meister teilte dies unsern Kollegen mit, worauf dieser um des Friedens willen nachgab. Ob der „Genosse“ im unglücklichsten Falle auch wohl so tollergal gehandelt haben würde? Ja, aufzuden und jeden Klatsch in ihrem Sprachrohr veröffentlicht, das verstehen unsere „voten Brüder“, aber wenn es auf wahre Kollegialität in der Praxis ankommt, dann laßt man sich durch Großbereiten heranzuführen. Im übrigen mögen die Genossen sich um ihren Verband kümmern, wir regeln unsere Angelegenheiten glatt ohne sie. Bestenfalls?

**Arefeld.** (Arbeiterinnenversammlung.) Vergangenen Sonntag Abend fand im oberen Saale der „Unitas“ eine Versammlung der Textilarbeiterinnen statt, die leider einen sehr schwachen Besuch aufzuweisen hatte. Gegen 7 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Müller, die Versammlung mit dem christlichen Arbeitergute und hielt im Anschluß hieran einen kurzen Vortrag über die gegenwärtige Situation. Die Interesselosigkeit der organisierten Arbeiterinnen unterzog Redner einer scharfen Kritik. Ferner gedachte derselbe der sogenannten „Fabrikisten“, die jetzt vielfach abgeschaltet werden, und wo das Speisegeldentum wieder in Aktion tritt. Es wäre Pflicht jeder denkenden Arbeiterin, in den sonntäglichen Stunden solcher Feste nach der Organisation zu gehen. Diesen Aufschluß folgte eine lebhafteste Diskussion. Unter Punkt Beschäftigung kamen mehrere geschäftliche Angelegenheiten zur Erörterung. An Stelle der aus dem Vorstande ausgetretenen Kollegin Schürhoff wurde eine neue Kollegin gewählt. Ferner kamen aus der Mitte der Versammlung einige Anträge zur Verhandlung, die dem Vorstande



